

Mosaik Leipzig e.V.
Eisenbahnstr. 66
04315 Leipzig

Mosaik Leipzig e.V., Eisenbahnstr. 66, 04315 Leipzig



Ergebnisprotokoll der Regionalkonferenz am 29.09.2015

Zur Förderung des Aufbaus adäquater Versorgungs- und Behandlungsstrukturen im Bereich Gesundheit für Geflüchtete in Sachsen veranstalteten das **Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig** mit der **Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.** (BAfF) und dem **Mosaik Leipzig - Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.** am 29.09.2015 von 11:00 bis 17:30 Uhr die Regionalkonferenz: „**Die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen in Sachsen - Möglichkeiten der Etablierung adäquater Behandlungsangebote**“. Die Konferenz fand im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projektes "**Train to Care**" im Festsaal des Neuen Rathaus Leipzig statt. Mit Blick auf die aktuellen Zuwanderungszahlen diente die Regionalkonferenz dem Austausch und der Vernetzung der AkteurlInnen aus dem Bereich der psychosozialen und psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung sowie der Diskussion von Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten einer adäquaten psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten in Sachsen.

In jedem Bundesland der Bundesrepublik gibt es bisher mindestens ein Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete und Folteropfer. In Sachsen existiert bis jetzt noch kein derartiges Zentrum. Ebenso stehen hier für die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten noch keine ausreichenden und adäquaten Angebote zu Verfügung. Auch eine koordinierende Stelle existiert noch nicht. Diese in Sachsen bestehenden und angesichts der derzeitigen Flüchtlingssituation nicht tragbaren Realitäten bildeten einen wesentlichen Ausgangspunkt für die Durchführung der Regionalkonferenz.

Psychosoziale Zentren, organisiert unter dem Dach einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft (BAfF e.V.), bieten psychisch belasteten Geflüchteten vor allem auf deren spezielle Problemlagen und Erfahrungen ausgerichtete psychologische Behandlung und soziale Unterstützung. Zudem leisten sie wertvolle Koordinierungs- und Lobbyarbeit, indem sie sich für die Belange von Geflüchteten, die interkulturelle Öffnung der Regelversorgung und die Verbesserung von Strukturen in der Gesundheitsversorgung von Geflüchteten einsetzen. Unterstützt vom Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig engagiert sich der Mosaik Leipzig e.V. seit seiner Gründung im Oktober 2013 für den Aufbau eines Psychosozialen Zentrums für Flüchtlinge in Sachsen.

Die Resonanz auf die Regionalkonferenz war überwältigend. 150 Fachkräfte vorrangig aus der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung, Migranten- und Flüchtlingshilfe sowie Kinder- und Jugendarbeit nahmen an der Regionalkonferenz teil.

Sitz des Vereins	Telefon	E-Mail/Internet	Bankverbindung	Registergericht	Steuernummer
Leipzig	0341/22305780	vorstand@mosaik-leipzig.de www.mosaik-leipzig.de	GLS Bank IBAN: DE37430609671157460800 BIC: GENODEM1GLS	Amtsgericht	232/140/15269 Registernummer 5504

Nach den Begrüßungsworten von **Herrn Stojan Gugutschkow**, Leiter des Referates für Migration und Integration der Stadt Leipzig und **Frau Corinna Klinger**, leitende Psychologin des Mosaik Leipzig e.V., überbrachte **Herr Sebastian Vogel**, Referent der **Sächsischen Ministerin für Gleichstellung und Integration Frau Petra Köpping**, Grußworte der Ministerin. Weitere Grußworte des **Sächsischen Ausländerbeauftragten Herrn Geert Mackenroth** wurden überbracht durch **Herrn Victor Vince**, Referent des Sächsischen Ausländerbeauftragten.

Die Präsidentin der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer Frau Andrea Mrazek bedauerte in ihrem Grußwort die schlechte Vorbereitung Sachsens auf die aktuelle Flüchtlingssituation und sprach den Wunsch nach einer nachhaltigen Finanzierung für die neu eröffnete „Psychosoziale Beratungsstelle für Flüchtlinge“ bzw. perspektivisch ein PSZ-Sachsen aus. Sie dankte dem Kompetenzzentrum Traumaambulanzen für die Einrichtung psychotherapeutischer Sprechstunden in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung für die Einrichtung der Flüchtlingsambulanz. Gesundheit sei nicht nur die Freiheit von körperlichen Schmerzen, sondern auch seelischer. Entsprechend der Studienlage seien sehr sicher mindestens ein Viertel der ankommenden Geflüchteten psychisch stark belastet. **Selbst ehrenamtlich Tätige würden einen großen Bedarf an psychologischer Unterstützung der Geflüchteten wahrnehmen und fühlten sich häufig überfordert im Umgang mit psychisch stark belasteten Personen. Es bedürfe in Sachsen einer Schaffung von Strukturen für Diagnostik und Behandlung. Da der Zugang zu regelfinanzierter psychotherapeutischer Behandlung für Geflüchtete schwierig bleiben wird, bräuchte es die Einrichtung eines spezialisierten Psychosozialen Zentrums für Flüchtlinge, zugänglich für alle, unabhängig ihres Status.** Der Einsatz der OPK gelte derzeit besonders:

- der Ermöglichung von Psychotherapien mit geschulten DolmetscherInnen
- der Ermächtigung der PSZ's zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen
- der Öffnung der Traumaambulanzen für eine uneingeschränkte Versorgung von traumatisierten Personen
- dem Einsatz psychologischer Teams in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften.

Die aktuelle Situation in Sachsen wurde durch **Frau Corinna Klinger**, leitende Psychologin der Psychosozialen Beratungsstelle für Flüchtlinge des Mosaik Leipzig e.V., anhand des Versorgungsberichtes der BAF zur Situation von Flüchtlingen in Sachsen dargelegt, ebenso Besonderheiten transkultureller Beratung.

Herr Benjamin Arnold stellte im Anschluss die neu eingerichteten **Flüchtlingsambulanzen** der **Kassenärztlichen Vereinigung** in Dresden vor, welche pro Tag ca. 50-60 PatientInnen versorgen würden.

Frau Ina Koenitz berichtete als **Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes des Landkreis Leipzig** über die Versorgungssituation von Geflüchteten in den psychiatrischen Einrichtungen im Landkreis Leipzig und

eine Erhebung unter Fachärzten für Psychiatrie. **In deren Ergebnis sprachen sich die psychiatrisch tätigen KollegInnen für spezialisierte Versorgungsangebote für Flüchtlinge aus**, u.a. aufgrund:

- der Sprachbarrieren
- der bereits bestehenden vollen Auslastung
- hoher bürokratischer Hürden und Aufwände bei einer Behandlung von Geflüchteten
- der z.T. ungeklärten Finanzierung der Behandlungskosten.

Des Weiteren seien Wünsche geäußert worden, nach:

- einem frühzeitigen diagnostischen Screenings in den Erstaufnahmeeinrichtungen
- frühzeitig ansetzenden psychoedukativen Angeboten.

Sie wies zudem auf die seit 2002 verfassten **12 Sonnenberger Leitlinien zur psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung von MigrantInnen in Deutschland** hin, deren Umsetzung in Sachsen jetzt erst Thema werde.

Frau Dr. Julia Schellong, Leiterin des Kompetenzzentrums Traumaambulanzen Sachsen gab einen Überblick über die Entstehung und Arbeit der Traumambulanzen des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus in Dresden. Sie wies auf die **Möglichkeiten der Suche nach TraumatherapeutInnen über die Homepage des „Traumanetz Seelische Gesundheit Sachsen“** hin und warb für die Erweiterung dieses Netzwerkes durch **Eintragung interessierter TraumatherapeutInnen. Weitere Standorteröffnung** von Traumambulanzen zur flächendeckenden Versorgung Betroffener seien sachsenweit in Planung. Entsprechend der Bedarfsermittlungen durch die Traumaambulanzen sei **in Sachsen mit ca. 8.000 – 10.000 PTBS-Fällen pro Jahr** zu rechnen. Aus den Erfahrungen der Traumaambulanzen sei zu Beginn einer Therapie von traumatisierten Geflüchteten meist die Gesprächsunterstützung durch eine/en Dolmetscher/in notwendig. Nach ca. einem Jahr seien jedoch die deutschen Sprachkenntnisse der PatientInnen so gut, dass eine Fortführung der Therapie in vielen Fällen ohne DolmetscherIn möglich sei.

Herr Arnold Leszinski gab als **Referatsleiter Politik der AOK Plus in Sachsen** einen Überblick über die derzeitige versicherungsrechtliche Lage und Übernahme der Finanzierung von psychotherapeutischen Leistungen für Geflüchtete durch die Krankenkassen. Diese ist abhängig vom Aufenthaltsstatus einer Person. **Dolmetscherkosten** fielen derzeit generell **nicht** in den **kassenfinanzierten** Leistungsumfang. Ähnliches galt lange Zeit auch für das Gebärdendolmetschen bis zu einer Neuregelung im Jahr 2008. Die derzeitige Diskussion sei v.a. bestimmt durch die **Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK)** für Geflüchtete nach dem Vorbild des **Bremer Modells**. Die AOK strebe diesbezüglich eine **bundesweit einheitliche Lösung** an, wobei die **Einführung einer eGK Ländersache** sei. **Der Sächsische Ministerpräsident Herr Stanislaw Tillich habe sich sehr deutlich gegen die Einführung einer eGK für Sachsen ausgesprochen.**

Die Leiterin des Sachgebietes Migrantenhilfe des Sozialamtes Leipzig Frau Sabine Werner erläuterte die Zuständigkeiten des Sozialamtes sowie die von den Kommunen finanzierten Behandlungen. Zuständig seien die Kommunen nach Zuweisung der Personen an die entsprechende Stadt/Kommune. Alle **Personen in den Erstaufnahmeeinrichtungen** des Landes Sachsen unterliegen den Regelungen der **Landesdirektion Sachsen**, wobei die Richtlinien für Behandlungen angelehnt seien, an die des AsylbLG. Die geschätzten Zahlen für leistungsberechtigte Personen von ca. 1500 in diesem Jahr wurden

mit 5000 Personen weit überschritten. Geflüchtete erhielten zunächst eine **Grundsicherung**, wobei die **Kostenübernahme ausschließlich die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände** umfasse (§4 AsylbLG. Des Weiteren berichtete Frau Werner vom beispielhaften **Projekt Sprint des RAA Leipzig e.V.** Durch dieses Projekt verfüge die **Stadt Leipzig** über einen **Pool an ausgebildeten Sprach- und IntegrationsmittlerInnen**, die u.a. **von den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt abgerufen** werden können. Das Sprint Projekt sei gut etabliert, weswegen nach Aussage des Projektträgers der **hohen Nachfrage nach Sprach- und IntegrationsmittlerInnen** oft nicht ausreichend entsprochen werden könne. Bis Ende des Jahres werde die Stadt Leipzig zudem eine Empfehlung zur Einführung der eGK abgeben.

Ein Beispiel guter Zusammenarbeit zwischen einem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge und psychiatrischen Institutionen im Land Niedersachsen wurde von **Frau Karin Loos vom Netzwerk traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen** vorgestellt. Frau Loos berichtete, dass bis 2004 Flüchtlinge in Niedersachsen noch in andere Bundesländer haben fahren müssen, um psychologisch-psychotherapeutische Behandlung zu erhalten. Die Psychosozialen Zentren in den anderen Bundesländern seien häufig ausgelastet gewesen. 2004 habe eine allgemeine Untersuchung zur aktuellen gesundheitlichen Versorgung in Niedersachsen stattgefunden. Im Ergebnis haben sich die Versorgung behinderter Menschen und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung als schwierigste Punkte herauskristallisiert. Es sei in dieser Zeit gelungen, engagierte Personen (Ärzte/innen, Juristen/innen, Psychotherapeuten/innen) an wichtigen Stellen und auch wichtige Organisationen (u.a. die Ärztekammer) zusammenzubringen. Aus zunächst losen Treffen sei letztendlich der Verein NTFN hervorgegangen. Ein erster Schritt hin zum Netzwerk sei ein Aufruf über die Ärztekammer gewesen, der sich an niedergelassene Ärzte/innen und Therapeuten/innen gewandt habe. Es habe viele Interessenbekundungen zur Behandlung von Flüchtlingen gegeben, jedoch wollten die niedergelassenen KollegInnen nicht jede Woche angerufen werden, sondern selbst regulieren und kontrollieren, wann die Aufnahme eines/r Geflüchteten in die Behandlung erfolge. Aus diesem Grunde habe es zunächst die **Koordinierungsstelle** gegeben, deren **Aufgabe** darin bestand/bestehe, **Geflüchtete in die Regelversorgung zu vermitteln**. Zunächst als Netzwerk gedacht haben sich weitere Aufgabenbereiche entwickelt, sodass der NTFN nun einem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge entspreche. Der Verein setze sich ein,

1. für den Abbau von Zugangsbarrieren zur Regelversorgung, u.a.:

- Sprache
- aufwändige Beantragung
- interkulturelle Bedenken
- aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen.

2. für strukturelle Veränderungen, u.a. mittels Fachkräfteschulungen.

Es sei gelungen, **interkulturelle Supervisionsgruppen aufzubauen und Früherkennungssysteme in Erstaufnahmeeinrichtungen** zu etablieren. Die Fachkräfte des NTFN unterstützen KollegInnen der Regelversorgung zudem in der Beantragung von Psychotherapien und Durchführung von Klageverfahren und sprechen Empfehlungen zur Formulierung von Stellungnahmen aus.

Wesentliches Merkmal eines Netzwerkes sei das vorhandene Zentrum, ähnlich eines Spinnennetzes, von welchem die Fäden in verschiedene Richtungen und zu verschiedenen Knotenpunkten verlaufen. Bedeutsam sei zudem die fortlaufende Pflege des Netzwerkes. Es sei nichts, was von selbst entstehe und selbst wachse, sondern das Netz müsse aktiv gesponnen werden. Wichtige Partnerorganisationen des NTFN seien:

- Ärztekammer
- Psychotherapeutenkammer
- Amnesty
- Caritas
- Flüchtlingsrat Niedersachsen
- Ausbildungsinstitut für Traumatherapie

Gäste der Podiumsdiskussion:

- Victor Vince (Referent des Sächs. Ausländerbeauftragten)
- Elise Bittenbinder (Vorsitzende der BAfF)
- Karin Loos (NTFN e.V.)
- Janko Kunze (Vorstandsvorsitzender des Mosaik Leipzig e.V.)
- Arnold Leszinski (AOK Plus)
- Benjamin Arnold (KV Sachsen)
- Bea Löw (SprInt, RAA Leipzig)

Tenor aus der Podiumsdiskussion:

- die positiven Entwicklungen der letzten Jahre im Blick zu halten
- Sachsen steht am Anfang eines Prozesses der interkulturellen Öffnung, viele Strukturen müssen erst geschaffen werden bzw. sich entwickeln (z.B. die soziale Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften)

Fazit:

Durch den Vortrag des Netzwerkes für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. wurden wichtige Anregungen gegeben, die als Referenzmodell dienen könnten, um eine gute Netzwerkstruktur auch in Sachsen aufzubauen.

Entsprechend der Rückmeldung der TeilnehmerInnen der Regionalkonferenz sei die Teilnehmervielfalt und Möglichkeit zum persönlichen Austausch, Kennenlernen und Kontakten gewinnbringend gewesen. Ebenso einen Überblick über bestehende Strukturen, Abläufe und AkteurInnen zu erhalten. Die Statements aus den Ministerien seien wertvolle Wegweiser und böten gute Anknüpfungspunkte für die eigene Arbeit.

Mittels der Eintragungen der TeilnehmerInnen der Regionalkonferenz in Netzwerklisten im Laufe der Konferenz, ist die Entwicklung einer Netzwerkkarte möglich. Nach Aufbereitung der Daten wird diese Ende des Jahres auf der Webseite des Mosaik Leipzig e.V. veröffentlicht.

Die Inputs der ReferentInnen und Wortmeldungen aus dem Plenum verdeutlichten die aktuellen Bedarfe, u.a.:

- eine Überforderung der Regelversorgung mit der Versorgung/Behandlung von Geflüchteten (u.a. aufgrund des hohen bürokratischen Aufwandes) und daraus resultierend die Notwendigkeit eines Psychosozialen Zentrums für Flüchtlinge
 - mit spezialisierten, niedrighschwelligem Beratungs- und Behandlungsangeboten
 - mit Angeboten, die der Regelversorgung vor- und nachgeschaltet sein können bzw. als ergänzend dazu fungieren können
- die Notwendigkeit einer stärkeren interkulturellen Öffnung der Regelversorgung
- ein hoher Bedarf und Wunsch nach Schulungen zu den Themen Arbeit im transkulturellen Setting, Umgang mit Vielfalt, Psychotherapie mit DolmetscherInnen
- das Fehlen und der Wunsch nach einer Anlauf- und Koordinierungsstelle für die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten in Sachsen

Die Regionalkonferenz war auch für den Mosaik Leipzig e.V. richtungsweisend, im Hinblick auf die inhaltliche Fokussierung neuer Projekte und Aktivitäten. Als Reaktion darauf hat der Mosaik Leipzig e.V. einen Projektantrag gestellt, der die Etablierung einer Vermittlungs- und Koordinierungsstelle beinhaltet. Aus den Erfahrungen in Niedersachsen ging hervor, dass eine solche Koordinationsstelle:

- KlientInnen effizient an geeignete TherapeutInnen weitervermittelt
- ein Netzwerk voranbringt, welches eine sehr wichtige Schnittstelle für die bedarfsgerechte Versorgung von Flüchtlingen darstellt
- gut geeignet ist, um qualifizierte Fachkräfteschulungen zu organisieren und durchzuführen.

Ebenso wurde der Aufbau von Erstversorgungsstellen in Leipzig, Dresden und Chemnitz für die Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte beantragt, die für die Identifikation besonders Schutzbedürftiger und psychosoziale Erstversorgung von Geflüchteten zuständig sein können.